

Hauptabteilung Politik und Beratung  
Team Innenpolitik  
Berlin, 3. Juli 2017



■ ■ ■ ■ ■ PARTEIENMONITOR AKTUELL



## IN BEWEGUNG

Der 38. ordentliche Bundesparteitag der ÖVP  
Linz, 1. Juli 2017

Tobias Montag

### ANSPRECHPARTNER:

Thomas Köhler

Leiter der Hauptabteilung  
Politik und Beratung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030-26996-3550

[thomas.koehler@kas.de](mailto:thomas.koehler@kas.de)

Tobias Montag

Koordinator Innenpolitik  
Team Innenpolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Klingelhöferstr. 23  
10785 Berlin

030-26996-3377

[tobias.montag@kas.de](mailto:tobias.montag@kas.de)

Foto: KAS

## Das Wichtigste auf einer Seite

- Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz wurde auf dem Bundesparteitag der ÖVP am 1. Juli 2017 in Linz mit einem Wahlergebnis von 98,7 Prozent zum Parteichef gewählt. Seine Stellvertreter wurden ebenso ohne Probleme ins Amt gehoben.
- Die Delegierten beschlossen eine Parteireform, die die Macht des Parteichefs deutlich auf Kosten der innerparteilichen Verbände und Bünde stärkt. Kurz kann zum Beispiel allein bestimmen, wer auf die Kandidatenliste für die Nationalratswahl auf der Bundesebene kommt. Für die Kandidatenliste für die Nationalratswahl auf der Landesebene steht ihm jetzt ein Vetorecht zu.
- Kurz versucht, der ÖVP einen Bewegungskarakter zu verleihen und setzt konsequent auf Personalisierung. Auf dem Linzer Parteitag machte die ÖVP allerdings eher den Eindruck einer klassischen Partei mit zusätzlichen Beteiligungselementen. Ein radikaler Parteiumbau ist eher unwahrscheinlich.
- Inspirationsquelle für Kurz könnten Emmanuel Macrons „En Marche!“ und die FDP unter Christian Lindner sein. Für ein Abdriften in den Populismus gibt es keine Indizien. Kurz bekannte sich unmissverständlich zur EU.
- Die ÖVP bleibt programmatisch breit aufgestellt. In der Rede von Kurz nahmen allerdings eher liberale Gedanken relativ großen Raum ein (Chancen und Mut, neue Kultur im Umgang mit dem Scheitern, Steuersenkungen). Er will die Österreicher von ihren Zukunftsängsten befreien und erkennt an, dass sich die Welt und Österreich verändert haben.
- Kurz will ernst machen mit einem Politikstil, der sich nicht an den in der österreichischen Bundespolitik üblichen Schmutzkampagnen beteiligt. Er verlangt seiner Partei ab, sich im Wahlkampf dafür einzusetzen, dass sich Österreich ändern muss, wenn es im internationalen Wettbewerb bestehen will.

## Inhalt

Reform mit Anleihen .....	4
Die Statutenänderungen.....	5
Appell an die Gelassenheit – Abschiedsrede von Reinhold Mitterlehner .....	6
Die Rede von Sebastian Kurz .....	7
Ein Signal der Entschlossenheit.....	7
Österreich muss sich ändern.....	7
Keine Wahlgeschenke .....	7
Flüchtlings- und Migrationspolitik .....	8
Das Menschenbild der ÖVP .....	8
Chancen und Werte anstatt Ängste.....	8
Europapolitik .....	9
Plädoyer für den schlanken Staat .....	9
Neuer Stil.....	9
Fazit .....	10

## Reform mit Anleihen

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) befindet sich derzeit in einer Phase tiefgreifenden Wandels. Nach einer schier endlos wirkenden Abfolge von großen Koalitionen mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, einer empfindlichen Schrumpfung beider Volksparteien und einer spürbaren Verwahrlosung des politischen Diskurses nicht nur, aber auch unter dem Druck der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs, probiert die Partei einen Neuanfang. Am 14. Mai 2017 beschloss der Bundesvorstand, Außenminister Sebastian Kurz zum geschäftsführenden Bundesparteioobmann zu ernennen. Der bisherige Parteichef Reinhold Mitterlehner gab damit sein Amt vorzeitig auf. Kurz legt seitdem viel Wert darauf, zu betonen, dass ihm die Entscheidung zur Amtsnachfolge nicht leichtgefallen sei. Diese Demut scheint wohl auch angezeigt, denn er rang dem Parteivorstand zahlreiche Änderungen des Bundespartei-Organisationsstatutes ab, die allesamt darauf zielen, seine Stellung im Machtgefüge der ÖVP zu stärken. Gleichzeitig setzt die Partei eine konsequente Personalisierungsstrategie um. Im Oktober 2017 tritt sie als Wahlkampfplattform unter dem Namen „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ an. Diese Bezeichnung steht für den erhofften Aufbruch. Sie soll frischer daherkommen – ihre neue Parteifarbe ist jetzt Türkis –, mehr Bewegung sein und gesellschaftlich intergierend wirken. Sie erinnert damit an Emmanuel Macrons „En Marche!“, aber auch durchaus an die FDP unter Christian Lindner. Dieser hatte seiner Partei ebenfalls weitgehende, die Bundespartei stärkende Reformen abverlangt, ihr Logo geändert und die Liberalen zu „freien Demokraten“ gemacht. Auch bei einigen inhaltlichen Punkten könnte Lindner Pate gestanden haben. Auf dem Bundesparteitag der ÖVP am 1. Juli 2017 in Linz forderte Kurz auffällig eine Kultur des Scheiterns im Sinne eines Wiederaufstehens ein, die zu den Leitmotiven des FDP-Bundesvorsitzenden gehört. Zudem war auch viel von Chancen die Rede. Die FDP hat sich zuletzt ebenso nicht nur begrifflich, sondern auch in ihrer Wahlkampf-PR immer wieder um eine positive Botschaft bemüht und sich damit deutlich von zum Teil defensiven Wahlslogans abgesetzt. Eine ähnlich positiv wirkende PR vermittelte nun auch der Bundesparteitag der ÖVP.

Die Delegierten der ÖVP bestätigten auf ihrem Linzer Parteitag sämtliche Statutenänderungen klaglos. Ohne Gegenreden, abändernde Anträge und jegliche Diskussion nahm der Parteitag die Änderungen mit einem Ergebnis an, von dem Kurz' neue Generalsekretärin Elisabeth („Elli“) Köstinger meinte, dass „schaut sehr einstimmig aus“.<sup>1</sup> Ebenso kommentarlos billigten die Delegierten den Leitantrag „Österreich kann mehr. Neuer Stil. Neuer Weg. Neue Chancen“, der wohl als inhaltlicher Impuls für das noch zu erstellende Wahlprogramm gedacht war. In Linz wurde Sebastian Kurz offiziell mit 98,7 Prozent an

---

<sup>1</sup> Statutenänderungen bedürfen einer Zwei-Drittel-Mehrheit.

Ja-Stimmen in sein Amt gewählt. Der gesamte Bundesvorstand wurde jeweils mit Werten zwischen 98,1 und 99,2 Prozent gewählt – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Partei – vorerst – hinter den Maßnahmen von Kurz steht.

Um das Beteiligungselement zu stärken, gab es vor der eigentlichen Eröffnung des Parteitags zahlreiche Diskussionsrunden zu den Themen „Sicherheit“, „Wahlkampf“, „Sozialsysteme“ und „Wirtschaft“. Ganz im Sinne einer Bewegung öffnete sich der Parteitag am Ende zu einem Sommerfest für tausende von Unterstützern von Kurz.<sup>2</sup>

## Die Statutenänderungen

Kurz hat den Einfluss der Landesverbände und der Bünde in der ÖVP entscheidend zurückgedrängt. Er nahm ihnen kurzerhand die Möglichkeit, die **Spitzenämter** um den Bundesobmann zu benennen. Der Bundesparteiobmann bestellt nach den neuen Regeln die Generalsekretäre allein. Das gilt auch für das neu geschaffene Amt des Bundesgeschäftsführers.

Außerdem regelt der neue § 44 Z 8 Bundespartei-Organisationsstatut: „Der Bundesparteiobmann erstellt die **Kandidatenliste** für Wahlen zum Europäischen Parlament sowie die Nationalwahllisten auf Bundesebene. Die Nationalratslisten auf Landesebene werden im Einvernehmen mit dem Bundesparteiobmann erstellt, dem ein Vetorecht zukommt.“ Aus deutscher Sicht ist diese Machtfülle des Parteichefs angesichts des deutschen Parteienrechts mit seinen hohen Anforderungen an die innerparteiliche Willensbildung geradezu unvorstellbar.

Darüber hinaus verfügt Kurz jetzt über die „Nominierungsrechte der Bundespartei im Zusammenhang mit einer Beteiligung der ÖVP an einer Bundesregierung“ (§ 44 Z 7 Satz 2 Bundespartei-Organisationsstatut). Dieses Recht kam bis dahin dem gesamten Bundesvorstand zu, dem neben dem Bundesparteiobmann seine Stellvertreter, die Generalsekretäre, der ÖVP-Klubobmann im Nationalrat, die Landesparteiobmänner und die Obmänner der Bünde angehören.<sup>3</sup>

Das Bewegungselement versucht Kurz mit der – eigentlich schon 2015 beschlossenen – Regelung zu stärken, dass auf der Bundesebene auch **Nicht-Mitglieder** für Wahlen kandidieren können. Sie müssen allerdings einem Mindestanforderungsprofil entsprechen, das der Bundesvorstand erst noch beschließen wird. Selbst Mitglieder anderer Parteien

---

<sup>2</sup> Kurz selbst sprach von 5.000 anwesenden Unterstützern.

<sup>3</sup> Unabhängig von der Rolle des Parteichefs oder des Bundesvorstand ist dieses Regelung mit dem deutschen Recht grundsätzlich unvereinbar.

können nun für die ÖVP kandidieren. Vermutlich zielt dieses Angebot auf die Mitglieder der (liberalen) NEOS.

Bei der Aufstellung von Kandidatenlisten für die Nationalratsversammlung wird jetzt ein **„Reißverschlussystem“** statuiert (§ 48 Z 7 Bundespartei-Organisationsstatut). Die Reihung auf den Kandidatenlisten hat nunmehr abwechselnd zwischen Frauen und Männern und umgekehrt zu erfolgen. Faktisch hat die ÖVP damit eine Frauenquote eingeführt.

Die Statutenänderungen und die formale Entmachtung der anderen Bundesvorstandsmitglieder, der Landesverbände und Bünde wurden nicht nur gleichsam widerstandslos angenommen, sondern auch außerhalb des Sitzungssaals kaum offen kritisiert. Möglicherweise vertrauen die Gegner der Reformen von Kurz der informellen Macht der innerparteilichen Verbände und Bünde. Auch Kurz wird kein unumschränkter Parteiführer.

## Appell an die Gelassenheit – Abschiedsrede von Reinhold Mitterlehner

In seiner Abschiedsrede – bei der nicht immer klar war, ob sie zu einer bitteren Abrechnung oder zum Signal für die innerparteiliche Geschlossenheit gerät – gab der scheidende Bundespartei-Obmann Reinhold Mitterlehner seinem Nachfolger und der ÖVP mehrere Ratschläge mit. Er warnte Kurz implizit davor, der momentanen Zustimmung durch Medien und Partei zu trauen, indem er daran erinnerte, dass er im November 2014 immerhin von 91,1 Prozent der Delegierten zum Bundespartei-Obmann gewählt worden sei – er sehe auf dem Parteitag „in viele vertraute Gesichter“. Mitterlehner problematisierte zudem, dass er bereits der vierte Bundespartei-Obmann innerhalb von zehn Jahren sei, der sein Amt vorzeitig habe aufgeben müssen.

Politische Reformen bräuchten Zeit. Es sei deshalb von Nachteil, dass der Bundesparteiobmanns nur für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt werde, während die Legislaturperiode fünf Jahre dauere. Von seiner Partei forderte Mitterlehner mehr Gelassenheit, so wie sie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Tag lege. Er bedauerte, dass viele in der ÖVP dies nicht so sähen und kritisierte das Streben nach Neuwahlen. Die Debatte um die personelle Neuaufstellung sei nicht offen geführt worden. Es habe Querschüsse gegeben. Die jetzige Situation böte viele Chancen, aber auch mehr Risiken. Die ÖVP müsse sich fragen, wie sie es mit ihren Werten halte.

Da es zu dieser Rede keine Aussprache gab, blieb vieles im Unklaren. Offenbar ging der

Führungswechsel mit schweren Verwerfungen einher, die Kurz noch glätten muss.

## Die Rede von Sebastian Kurz

### **Ein Signal der Entschlossenheit**

In seiner Rede sprach Sebastian Kurz die lange und bewegte Geschichte der ÖVP an und verband sie mit persönlichen Erinnerungen. Erinnerungen seien oft von den schwierigen und herausfordernden Phasen bestimmt. Ihn habe vor allem seine Ernennung zum Staatssekretär für Integration geprägt. Eine Welle an Kritik sei über ihn hereingebrochen. Kurz schilderte den durchaus emotional bewegten Delegierten, wie er unter schlechten Beliebtheitswerten und den Attacken auf seine Person gelitten habe. Das Gefühl des Zusammenhalts in der ÖVP sei für ihn deshalb so wichtig gewesen. Außerdem habe er in dieser Zeit gelernt, nicht auf Umfragewerte zu hören, sondern „umzusetzen, was richtig ist“. Den Delegierten versprach Kurz, dies auch als Bundespartei-Obmann für die ÖVP tun zu wollen. Er wollte mit seinen eher persönlichen Worten die Delegierten offenbar von seiner Entschlossenheit überzeugen, den Umbau der ÖVP und die Umsetzung seiner Politik auch gegen Widerstände voranzutreiben.

### **Österreich muss sich ändern**

Kurz appellierte an den Mut der Delegierten und der Österreicher. Er schwor sie auf große Änderungen ein. Die Österreicher würden sich ihre Situation schönreden und seien dabei doch lediglich nur noch Weltmeister im Weiterwurschteln. Seinen Landsmännern warf er fehlende Veränderungsbereitschaft vor. 2005 hatten deutsche Medien Österreich noch als das „bessere Deutschland“ betitelt. Heute würden sich die Österreicher zwar noch als Wirtschaftsweltmeister neben Deutschland sehen. Die anderen europäischen Länder würden diese Sichtweise allerdings nicht mehr teilen. Die österreichischen Sozialsysteme seien ineffizient, die Willkommenskultur ohne Integration unzureichend und die Arbeitslosigkeit gestiegen. Kurz warnte die eher ernüchtert wirkenden Delegierten, „wer Mittelmaß wird, ist weg vom Fenster“. Er erhob den Anspruch, Österreich an die Spitze zurückführen zu wollen.

### **Keine Wahlgeschenke**

Falls jemand dachte, Kurz würde sich mit sozialstaatlichen Wahlgeschenken profilieren wollen, wurde er enttäuscht. Der Parteichef erinnerte stattdessen daran, dass nur ein wirtschaftlich starkes Land sich soziale Gerechtigkeit leisten könne. Seine Reformen im

Bereich der Sozialsysteme und insbesondere der Pflegeversorgung zielen eher auf eine Entbürokratisierung.

### **Flüchtlings- und Migrationspolitik**

Im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik bestätigte Kurz seine als Außenminister bekannte Position. Er kritisierte, dass man gleich in die rechte Ecke gerückt würde, wenn man etwas Kritisches zu diesem Thema sage. Schon 2014 habe er die Entwicklungen der gestiegenen Zahl an Asylsuchenden problematisiert. Vieles an der aktuellen Entwicklung belege, dass sein Einsatz für eine Schließung der Westbalkanroute richtig gewesen sei. Kurz warnte davor, Anreize für Migranten zu setzen. Wer dies tue, mache sich am Ertrinken von Migranten auf der Mittelmeerroute mitschuldig – das sei nicht christlich. Mit dieser Position versuchte Kurz wohl auch, die FPÖ abzuwehren.

### **Das Menschenbild der ÖVP**

Kurz beschwor das christdemokratische Menschenbild als Klammer für Partei und Gesellschaft. Dabei nahm allerdings ihre liberale Quelle relativ großen Raum ein. Kurz meinte, die Menschen müssten stark gemacht werden, um nicht abhängig zu sein. Für die Politik bedeute das, die Menschen wieder ernst zu nehmen. Es müsse eine Kultur der Eigenverantwortung etabliert werden. Dies schließe ein neues Verständnis vom Scheitern ein, auf das in Österreich oft mit Häme reagiert würde. Eine zweite Chance müsse möglich sein.

Ein zu starkes Abdriften in den Liberalismus vermied Kurz, indem er Österreich mit einer großen Familie verglich. Wie in der Familie sei auch das Land nur erfolgreich, wenn jeder Einzelne seinen Beitrag für das Gemeinwesen leiste.

### **Chancen und Werte anstatt Ängste**

Kurz räumte ein, dass dieses Gefühl des Zusammenhalts oft nur noch auf dem Land zu finden sei. Und selbst dort würden sich die Bürger sorgen, ob dies in Zukunft noch so bleiben werde. Es herrsche Angst vor Veränderung, Digitalisierung und Globalisierung. Kurz appellierte, diese Ängste zu ertragen und die neuen Chancen des 21. Jahrhundert zu nutzen. Es sei ein Irrtum, zu glauben, dass dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt verlorengelange. Dieser basiere auf Grundwerten und einem Grundkonsens, den Kurz wie folgt ausbuchstabierte: Erfolg hat, wer sich anstrengt. Die Gleichstellung der Frau wird nicht in Frage gestellt. Es gibt keine Toleranz gegenüber Extremismus. Und „dass das morgen auch so bleiben wird“.



## **Europapolitik**

Kurz bekannte sich unmissverständlich zur Europäischen Union und setzte sich damit gegen die EU-feindliche FPÖ ab, ohne sie explizit zu nennen. Die EU sei Teil der österreichischen Identität. Es sei ein Auftrag, die EU weiter zu gestalten.

## **Plädoyer für den schlanken Staat**

Alle Mitgliedsstaaten seien durch die Idee der westlichen liberalen Demokratie verbunden, die ein Höchstmaß an Freiheit gewähre. Diese sei heute allerdings bedroht. Wer dachte, dass Kurz an dieser Stelle den Terrorismus und die vielfältigen Krisen anspricht, wurde enttäuscht. Er sieht die Freiheit gefährdet durch überbordende Regeln, Abgaben und Steuern in Österreich.

Kurz warf die Frage auf, wie lange die Lasten noch erhöht werden könnten, ohne dass das System kippe. Nirgendwo sei die Differenz zwischen Netto- und Bruttogehalt so hoch wie in Österreich. Für den Bürger werde es immer schwieriger, sich etwas im Leben aufzubauen. Der Staat müsse die Gebühren, Steuern und Abgaben senken. Kurz orientierte sich dabei am schlanken Staat, der seine Aufgaben erfüllt, aber sparsam mit dem Steuergeld umgeht.

## **Neuer Stil**

Die Welt und Österreich hätten sich verändert, so Kurz, nur die österreichische Bundespolitik nicht. „Jeder patzt den anderen an“, der Wahlkampf werde schmutzig werden, warnte er die Delegierten. Schon jetzt seien „alle Zielschieben auf die ÖVP gerichtet“. Kurz kündigte demgegenüber an, dass er sich daran nicht beteiligen werde. Mit seiner Forderung nach einem neuen Politikstil meint er es offenbar ernst.

Abschließend räumte Kurz ein, dass er dem Bundesvorstand mit seinen Reformforderungen viel abverlangt habe. Gleichzeitig kündigte er weitere notwendige Änderungen für die Partei und das Land an und warb um Unterstützung.

Seine Rede entsprach dem Leitantrag „Österreich kann mehr. Neuer Stil. Neuer Weg. Neue Chancen“, der von den Delegierten angenommen wurde ohne Antragseinbringung und Diskussion.

Kurz hat in Linz keine besonders mitreißende Rede gehalten. Seine klaren Worte und seine Kritik an der österreichischen Reformunwilligkeit wirkten eher ernüchternd. Es war

eher eine Ruck-Rede mit Blick auf die anstehenden Aufgaben und weniger ein „Wahlkampfkracher“. Den Rückhalt bei den Delegierten konnte er sich dennoch mit 98,7 Prozentpunkten bei der Wahl zum Bundespartei-Obmann versichern.

## Fazit

Ähnlich wie Christian Lindner ist Sebastian Kurz aus der Not seiner Partei heraus zum derzeit unumstrittenen Parteichef geworden. Er nutzte die Situation, um Verkrustungen aufzubrechen und die starken Verbände und Bünde zu entmachten. Mit seinem Streben, die ÖVP in eine Art Bewegung zu verwandeln, steht er erst noch am Anfang. Der Bundesparteitag in Linz lässt zumindest nur den Eindruck eines „Crossovers“ zu: Die ÖVP ist eine klassische Partei mit zusätzlichen Beteiligungselementen neben den formalen Parteistrukturen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Anders als die FDP unter Lindner, der 2013 den Parteivorsitz übernahm und damit mehr Zeit hatte, die Partei auf die Neuerungen einzuschwören, muss sich Kurz allerdings schon im Oktober 2017 der nächsten Wahl auf Bundesebene stellen. Dies birgt die Gefahr, dass seine Reformen bis dahin noch nicht tragen. Interessant wird auf jeden Fall werden, ob der von der Parteiführung verordnete Bewegungscharakter Früchte trägt. Wenn es gelingt, dürfte die Umwandlung einer bestehenden Partei in eine Bewegung einmalig in Westeuropa sein. Bisher war die Entwicklung eher andersherum. Bewegungen – wie zum Beispiel die ökologische – haben einen Prozess der „Verparteilichung“ durchlaufen und gelten heute als „etabliert“.

In programmatischer Hinsicht hat sich Kurz bemüht, die für zentristische Parteien typisch heterogenen ideellen Ursprünge auszubalancieren. Das heißt jedoch nicht zwingend, dass die konservativen, sozialen und liberalen Elemente gleich stark sind. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass die Forderungen nach Steuersenkungen, Entbürokratisierung und Eigenverantwortung sowie die Betonung von Chancen den liberalen Charakter der „Neuen Volkspartei“ hervorheben. Kurz hegt diese Tendenz immer gleich wieder ein, sei es durch seine „Law and order“-Positionen in der Migrationspolitik oder durch die Betonung des Gemeinschaftlichen. Eine grundsätzliche Verschiebung der Parteiprogrammatik nach rechts oder links scheint deshalb eher unwahrscheinlich.